

**„Compliances in der Wirtschaft
können geübte Tugenden nicht ersetzen“**

*Vortrag in Maxlrain, 23. Juni 2014
von Kardinal Dr. Christoph Schönborn*

Sehr geehrte Damen und Herren!

Am 1. Mai 1991 veröffentlichte Papst Johannes Paul II. seine 3. Sozialzyklika „Centesimus Annus“. Kaum zwei Jahre nach der Wende von 1989, stellt der Papst, der Entscheidendes zum Ende des Kommunismus und zur Befreiung des Ostblocks beigetragen hat, die Frage, für welchen Weg sich nun die Völkergemeinschaft entscheiden wird, nachdem der Antagonist, der Kommunismus, auch an seinen wirtschaftlichen Widersprüchen gescheitert war. Wird es ein Kapitalismus nach der Art der Gründerzeit des 19. Jahrhunderts sein? Oder wird sich die Völkergemeinschaft für einen Weg der sozialen Marktwirtschaft entscheiden?

Es lohnt sich, heute, im Rückblick auf die Entscheidung seit der Wende, nochmals auf die - wie mir scheint - prophetischen Diagnosen und Orientierungen des Papstes zu hören. Doch gestatten Sie mir, ehe ich darauf eingehe, eine Vorbemerkung.

I. Eine Vorbemerkung

In der Katholischen Soziallehre wurde lange Zeit ein gewisses Schema gepflegt: hier der Kommunismus, dort der Kapitalismus. Hier der kollektivistische, dirigistische Kommunismus, dort der liberalistische und egoistische Kapitalismus. Die soziale Marktwirtschaft wurde demgegenüber als dritter Weg dargestellt, der beide Exzesse vermeidet. Zu Recht wurde gefragt, ob dieses Schema nicht zu einfach ist. Mit dem Zusammenbruch des Kommunismus hat nicht so sehr eine Ideologie über die andere gesiegt, der Kapitalismus über den Kommunismus, sondern vielmehr die wirtschaftliche „Normalität“ gegenüber einer zwangswirtschaftlichen Ideologie. Der Marxismus hat es geschafft, die ganz normalen Funktionen der Wirtschaft zu „dämonisieren“: Markt, freie Wirtschaft, Unternehmertum, Gewinn und Erfolg, all das wurde mit ideologischem Verdacht belegt, mit dem Schlagwort „Kapitalismus“ negativ besetzt. Das war propagandistisch ein hervorragender Erfolg. In Wirklichkeit handelt es sich hier um die ganz normalen Grundvollzüge des wirtschaftlichen Lebens einer menschlichen Gesellschaft. Auch von Seiten der Kirche besteht eine gewisse Gefahr, diese Grundvollzüge mit dem Verdacht des Unsozialen oder Unmoralischen zu bedenken. Ohne Freiheit des Marktes, ohne eine gewisse Gewinnorientierung und ein Erfolgsinteresse kann keine Wirtschaft im Kleinen und Großen gedeihen. Hier hat, wie ich im Folgenden zeigen werde, auch in der kirchlichen Soziallehre eine Entwicklung stattgefunden, eine positivere Bewertung der wirtschaftlichen Grundgegebenheiten.

Nicht der Markt ist böse, nicht die freie Wirtschaft mit ihrem Spiel von Angebot *und* Nachfrage. Böse kann nur deren Missbrauch sein, der mit der menschlichen Freiheit getrieben wird. Um diese urmenschlichen Fehler wissen wir seit eh und je. Der alttestamentliche Prophet Amos hat sie bereits in aller Deutlichkeit ausgesprochen: „Hört dieses Wort, die ihr die Schwachen verfolgt, und die

Armen im Land unterdrückt. Ihr sagt: Wann ist das Neumondfest vorbei? Wir wollen Getreide verkaufen. Und wann ist der Sabbat vorbei? Wir wollen den Kornspeicher öffnen, das Maß kleiner und den Preis größer machen und die Gewichte fälschen. Wir wollen mit Geld die Hilflosen kaufen, für ein Paar Sandalen die Armen. Sogar den Abfall des Getreides machen wir zu Geld“ (Amos 8,4-6). Nicht Handel und Markt sind das Übel, sondern menschliche Habgier und Ungerechtigkeit. Da wir Menschen schwach sind, zum Bösen und zur Sünde neigen, ist es unsinnig, zu glauben, die berühmte „unsichtbare Hand“ werde von selbst den Markt so steuern, dass für möglichst viele ein möglichst großer Gewinn herauskommt. Zu glauben, eine möglichst umfassende Deregulierung werde ein optimales Wirtschaften ermöglichen, ist schlichtweg eine Illusion. Denn hier wird übersehen, ähnlich wie im Kommunismus, dass die Wirtschaft, bei aller Macht der anonymen Kräfte, doch von **Menschen** gemacht und geprägt wird, und dass sie nur funktionieren kann, wenn sie für Menschen gemacht wird.

Das Fundament jeder gesunden Wirtschaft wie jeder Gesellschaft überhaupt ist daher eine tragfähige moralische Ordnung. Papst Johannes Paul II hat in „Centesimus Annus“ folgende Diagnose formuliert „Für den moralischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau in den Ländern, die den Kommunismus aufgegeben haben, bedarf es einer großen Anstrengung. Über lange Zeit wurden die elementarsten Wirtschaftsbeziehungen verzerrt. Grundlegende Tugenden des Wirtschaftslebens, wie Zuverlässigkeit, Aufrichtigkeit, Fleiß wurden entwürdigt. Es braucht einen geduldigen materiellen und moralischen Wiederaufbau. Gleichzeitig fordern die von jahrelangen Entbehrungen zermürbten Völker von ihren Regierungen greifbare und schnelle Erfolge, was den Wohlstand betrifft, und eine angemessene Befriedigung ihrer berechtigten Ansprüche“ (CA 27).

Bei uns (im „freien Westen“) stellt sich die Frage gewissermaßen spiegelverkehrt: es geht darum, die „grundlegenden Tugenden des Wirtschaftslebens“, die in unserem Land den Wiederaufbau ermöglicht haben, zu erhalten und zu pflegen. So sehr wir uns auch Fragen der globalen Entwicklung zu stellen haben, so ist doch nie aus den Augen zu verlieren, dass die Voraussetzung für alles Gelingen und Gedeihen die persönlichen und gemeinschaftlichen sittlichen Maßstäbe sind. Eine gute Gesellschaft, eine gute Wirtschaft setzt zuerst - man geniert sich fast etwas so Einfaches auszusprechen - anständige Menschen voraus. Im Katechismus der Katholischen Kirche steht unter dem siebten Gebot (Du sollst nicht stehlen) folgender lapidarer Hinweis „*Versprechen* und *Verträge* müssen gewissenhaft gehalten werden, soweit die eingegangene Verpflichtung sittlich gerecht ist. Das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben hängt zu einem großen Teil davon ab, dass man sich an die *Verträge* zwischen physischen oder moralischen Personen hält: an Verkauf- oder Kaufverträge, Miet- oder Arbeitsverträge. Jeder Vertrag ist guten Glaubens abzuschließen und auszuführen“ (KKK 2410).

Auch in der globalisiertesten Wirtschaft wird es im Konkreten immer darauf ankommen, dass Menschen einander vertrauen können, dass das Wort gilt, die Zusage hält, das Vertrauen sich bewährt. Alle rechtlichen Absicherungen, die notwendig sind, weil wir als schwache und zum Bösen neigende Menschen nicht absolut zuverlässig und vertrauenswürdig sind, dienen nur der Sicherung des Grundvertrauens in die moralische Zuverlässigkeit der handelnden Personen. Umso schlimmer ist es, wenn in der zeitgenössischen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung durch ein Übermaß an Konkurrenz und Überlebenskämpfen die Vertrauensbasis der Gesellschaft und der Wirtschaft ausgehöhlt wird. Genau dies aber droht in zunehmendem Maße zu geschehen.

II. Überlegungen aus ethisch-theologischer Sicht

1.

Die grundlegendste Überzeugung der Katholischen Soziallehre hat das Zweite vatikanische Konzil wie folgt formuliert: „Grund, Träger und Ziel aller gesellschaftlichen Institutionen ist die menschliche Person und muss es sein“ (GS 25,1). Diese Überzeugung vom Primat der menschlichen Person ist einerseits theologisch begründet im Glauben an die Geschöpflichkeit des Menschen, seine Gottebenbildlichkeit und Gottunmittelbarkeit. Andererseits ist diese Überzeugung durchaus bestens rational begründet. Wir stehen mitten in einer Entwicklung, in der der Mensch selber der große Verlierer zu sein droht. Der Mensch wird zum Anthropomorphismus. Er wird als entbehrlich aus dem wirtschaftlichen Fortschritt wegrationalisiert. Doch fragen sich immer mehr Menschen, wie eine Gesellschaft funktionieren soll, in der die Abschaffung von Arbeitsplätzen als Erfolgsmeldung für die Börse gilt, in der Hiobsbotschaften am Arbeitsmarkt als Siegesmeldungen an der Wall Street gelten. Die Katholische Soziallehre formuliert daher auch als oberstes Prinzip das „Personalitätsprinzip“, eben die Überzeugung, dass die menschliche Person Grund, Träger und Ziel aller gesellschaftlichen Institutionen sein muss. Deshalb muss die oberste Frage lauten: wie weit dienen Entwicklungen dem Menschen und seiner Entfaltung, wie weit dienen sie der menschlichen Gemeinschaft, dem „Gemeinwohl“? Das Ziel der Wirtschaft kann vernünftigerweise nicht in ihr selber liegen. Sie bedarf, um gedeihen zu können, der Ausrichtung auf die Humanisierung des menschlichen Lebens.

So lesen wir im Katechismus der Katholischen Kirche: „Die Entfaltung des Wirtschaftslebens und die Steigerung der Produktion haben den Bedürfnissen der Menschen zu dienen. Das wirtschaftliche Leben ist nicht allein dazu da, die Produktionsgüter zu vervielfachen und den Gewinn oder die Macht zu steigern; es soll in erster Linie im Dienst der Menschen stehen: des ganzen Menschen und der gesamten menschlichen Gemeinschaft. Die wirtschaftliche Tätigkeit ist - gemäß ihren eigenen Methoden - im Rahmen der sittlichen Ordnung und der sozialen Gerechtigkeit so auszuüben, dass sie dem entspricht, was Gott mit dem Menschen vorhat“ (KKK 2426).

Die Betonung des Personalitätsprinzips als oberster Maxime hat nichts mit Sozialromantik zu tun. Es hat seine Wahrheit und Vernünftigkeit immer wieder erwiesen. Wo der Mensch *zum bloßen* Objekt wird, wie etwa in totalitären Systemen oder auch in einer Absolutsetzung des Marktes auf Kosten des Menschen und des Gemeinwohls, wird auf die Dauer die Grundlage des Marktes selbst zerstört: die menschliche Gesellschaft deren Wohlergehen die Voraussetzung dafür ist, dass auch das Wirtschaftsleben gedeiht. Deshalb ist eine gute Wirtschaftspolitik immer mehr als nur Wirtschaftspolitik.

2.

Priorität kommt der Förderung der Familie zu. Sie ist der erste Lernort für jene Tugenden, ohne die eine Gesellschaft nicht gedeihen kann: Sinn für Solidarität, für die elementaren menschlichen Tugenden des Zusammenlebens wie Fleiß, Rücksicht, Ausdauer, Fähigkeit zur Kooperation, zur gegenseitigen Geduld, zum Miteinander der Generationen, zur Rücksichtnahme für Schwächere. Die Erfahrung des Schulalltags zeigt uns, dass die Schule hoffnungslos überfordert ist, wenn von ihr erwartet wird, diese Lernprozesse dort nachzuholen, wo sie in der Familie nicht stattfindet. Eine Wirtschaftspolitik, die familienfeindlich ist, untergräbt ihre eigenen Fundamente.

3.

Die Zukunft unserer Wirtschaft hängt entscheidend davon ab, ob in Familie, Schule und im

gesellschaftlichen Umfeld die selbständige, verantwortungsbewusste unternehmerische Persönlichkeit gefördert wird. Arbeitsplätze werden nicht durch Reden geschaffen, sondern von Menschen, die ganz konkret unternehmerisch tätig sind. Wo Tüchtigkeit, Fleiß, aber auch unternehmerischer Mut von einer "Neidgenossenschaft" und von einem Übermaß an Bürokratie entmutigt werden, wird sich schwerlich ein Geist des Unternehmertums entwickeln können. Nun betont die Katholische Soziallehre seit langem neben der Bedeutung der Familie auch die Wichtigkeit der so genannten „gesellschaftlichen Zwischenkörper“.

Im Katechismus der Katholischen Kirche heißt es diesbezüglich: „Um die Beteiligung möglichst vieler am gesellschaftlichen Leben zu fördern, ist die Schaffung von Verbänden, Vereinigungen, Einrichtungen mit wirtschaftlicher, kultureller, unterhaltender, sportlicher, beruflicher und politischer Zielsetzung sowohl im nationalen Raum wie auf Weltebene zu fördern. Diese Sozialisation gründet auch auf der natürlichen Neigung der Menschen sich zusammenschließen, um Ziele zu erreichen, welche die Kräfte der einzelnen übersteigen. Sie bringt die Anlagen der Person, insbesondere ihren Unternehmungsgeist und ihren Sinn für Verantwortung zur Entfaltung und hilft, ihre Rechte zu gewährleisten“ (KKK 1882).

Die große Entfaltung dieser „gesellschaftlichen Zwischenkörper“ seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, besonders auch im Umfeld der Katholischen Kirche, hat viel zur Entschärfung der Auswirkungen des Frühkapitalismus und zur Herausbildung eines kräftigen Mittelstandes beigetragen. Dieser ist nach wie vor in unserem Land der Träger eines Großteils der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aktivitäten. Es muss uns alle mit größter Sorge erfüllen, wenn durch die gegenwärtige wirtschaftliche Entwicklung der Mittelstand immer mehr in Bedrängnis gerät. Es kann nicht sinnvoll sein, wenn in allen Bereichen (z.B. in der Landwirtschaft, im Bankwesen, in der Industrie etc.) nur die ganz Großen überleben beziehungsweise nur die Großfusionen mit ihrem massiven Abbau an Arbeitsplätzen der Weg in die Zukunft sein sollen.

Diese Entwicklung muss uns schon deshalb mit Sorge erfüllen, weil die moderne Demokratie darauf gründet, dass möglichst viele nicht nur am wirtschaftlichen, sondern auch am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Das letztere ist aber nur möglich durch das erstere. Menschen, die mehr und mehr aus dem wirtschaftlichen Leben ausgegrenzt werden, sind auch dem politisch- öffentlichen Leben entfremdet. Das ist auf die Dauer demokratiegefährdend, soll Demokratie nicht - wie im alten Griechenland - nur Sache einer kleinen Oberschicht werden, der eine Masse von Sklaven dient. Gewiss ist auch ein System wie unser österreichisches, von Verbänden und Kammern geprägtes System, stets reformbedürftig. Das Zerschlagen dieses den Mittelstand begünstigenden Systems, kann nicht im Interesse der Zukunft unseres demokratischen Staatswesens sein. Der breite und gesunde Mittelstand ist eine der Voraussetzungen für den Bestand der Demokratie. Die Erfahrung unseres Jahrhunderts hat gezeigt, wie sehr das *Auseinanderklaffen* zwischen den sozialen Schichten totalitären Ideologien und Regimes Tür und Tor öffnet.

4.

Ist nicht ein Zuviel an Staat der mächtigste Hemmschuh für eine gute wirtschaftliche Entwicklung? Deregulierung, weniger Staat und mehr Freiheit gilt vielfach als Rezept. Die Katholische Soziallehre betont heute ausdrücklicher als früher die grundsätzlich positive Bewertung des wirtschaftlichen Wettbewerbs der Betriebe als effizientester Form der Ressourcen-Allokation, solange der wirtschaftliche Wettbewerb in einem politischen Ordnungsrahmen verankert ist. In Centesimus Annus

Nr. 40 sagt der Papst: „Es ist Aufgabe des Staates, für die Verteidigung und den Schutz jener gemeinsamen Güter, wie die natürliche und die menschliche Umwelt zu sorgen, deren Bewahrung von den Marktmechanismen allein nicht gewährleistet werden kann. Wie der Staat zu Zeiten des alten Kapitalismus die Pflicht hatte, die fundamentalen Rechte der Arbeit zu verteidigen, so haben er und die ganze Gesellschaft angesichts des neuen Kapitalismus nun die Pflicht, die gemeinsamen Güter zu verteidigen, die unter anderem, den Rahmen bilden, in dem allein es jedem Einzelnen möglich ist, seine persönlichen Ziele auf gerechte Weise zu verwirklichen“.

Im Folgenden weist der Papst auf die neuen Grenzen des Marktes hin: „Es gibt gemeinsame und qualitative Bedürfnisse, die mit Hilfe seiner Mechanismen nicht befriedigt werden können. Es gibt wesentliche menschliche Bedürfnisse, die sich seiner Logik entziehen, Güter, die auf Grund ihrer Natur nicht verkauft und gekauft werden können und dürfen“. Und an anderer Stelle: „Der Staat aber hat die Aufgabe, den rechtlichen Rahmen zu erstellen, innerhalb dessen sich das Wirtschaftsleben entfalten kann. Damit schafft er die Grundvoraussetzung für eine freie Wirtschaft die in einer gewissen Gleichheit unter den Beteiligten besteht, so dass der Eine nicht zu übermäßig wird, dass er den Anderen zur Sklaverei verurteilt.“ (Centesimus Annus 15).

5.

Die Nationalstaaten sind heute freilich angesichts der Globalisierung der Wirtschaft überfordert. Das Schwergewicht hat sich von den politischen Akteuren in den Nationalstaaten zu den wirtschaftlichen Akteuren eines globalen und zunehmend schrankenlos mobilen Marktes verlagert. Für die Katholische Kirche, die ihrem innerstem Wesen nach Weltkirche ist, multinational, in einer hervorragend organisierten Vernetzung auf allen Ebenen und bis in die äußersten Winkel, stellt das Phänomen der Globalisierung grundsätzlich nicht etwas Negatives dar.

Gerade unter dem Pontifikat von Papst Johannes Paul II. ist in der Katholischen Kirche das Bewusstsein ihrer Weltweite, ihrer Globalität stark gewachsen. Nicht wenig hat dazu die Mobilität des Papstes selbst beigetragen. Kooperation zwischen allen Kontinenten, Austausch an Ressourcen, an Know-how, Vernetzung der Information, Ausgleich der Güterverteilung, all das ist der Katholischen Kirche vertraut und macht sie in einer globalisierten Welt heimisch. Umso mehr sieht sie sich verpflichtet, alle Bemühungen zu unterstützen, die die Globalisierung des Weltmarktes durch neue globale soziale und politische Begleit- und Schutzmaßnahmen ergänzt. Schon Pius der XII hat mit großer Entschiedenheit die europäische Integration begrüßt und die Schaffung weltweiter politischer und sozialer Institutionen unterstützt.

Konnte es in früherer Zeit genügen, auf das nationale Gemeinwohl hinzuweisen, so gilt es heute, alles zu fördern, was das Bewusstsein des übernationalen und weltweiten Gemeinwohls fördert. Hier gibt es durchaus Ansätze und Anzeichen, die zu Hoffnung Anlass geben. Immer deutlicher prägt sich das Bewusstsein einer globalen Zivilgesellschaft aus. Die Rede von der „Menschheitsfamilie“ bekommt mehr und mehr eine konkrete Gestalt. Bei aller Krisenanfälligkeit ist doch die Tätigkeit der UNO nicht mehr aus der Weltgemeinschaft wegzudenken. Das Bewusstsein, dass ökologische Fragen der Menschheit und nicht nur einzelner Regionen sind, ist im Wachsen.

In der Frage der Menschenrechte hat sich seit der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte im Jahre 1948 ein weltweiter Konsens verstärkt, auch wenn es nach wie vor zahlreiche Menschenrechtsverletzungen gibt. So ist zu hoffen, dass auch die internationale Verankerung von Sozialrechten

Fortschritte machen wird. Im Bereich der europäischen Integration gibt es deutliche Ansätze zu einer gemeinsamen Sozialpolitik. Selbst die G-8 befassen sich mit der sozialen Frage. Schließlich ist nicht zu übersehen, dass es auch im Bereich der großen multinationalen Unternehmen ein wachsendes Bemühen um ethische Standards, um soziale Selbstverpflichtung und um Einsatz für humanitäre Ziele gibt.

6.

So sehr darauf gehofft werden darf, dass vernünftige ethische und soziale Regulative die Auswüchse der gegenwärtigen Globalisierung beschneiden werden, so bleibt doch eine ganz große Frage, der gegenüber wir wohl alle ratlos sind: Jedem, der nüchtern auf den heutigen Lebensstil blickt, der sich auf Grund der technologischen Entwicklung der letzten 100 Jahre herausgebildet hat, muss sich ernsthaft fragen, wie lange diese Lebensweise möglich sein wird und auf welche Kosten sie geht.

Die immer drängender werdende Frage der Nachhaltigkeit unseres Wirtschaftens und Handelns muss uns beunruhigen. Wie weit ist unser gegenwärtiger Lebensstil vor den Armen der Welt, aber auch vor den zukünftigen Generationen legitimierbar, deren Lebenschancen er nachhaltig verletzt? Ich glaube, dass nur ein neues intensives Bewusstsein von der Endlichkeit, der Begrenztheit des Menschen und der Welt und ihrer Ressourcen hier einen langfristigen und nachhaltigen Wandel bringen kann.

Es geht erneut um das Bewusstsein, dass, wie das Kirchenlied sagt „wir nur Gast auf Erden sind“, dass wir auf eine ewige Heimat zugehen und dass wir einmal vor Gott Rechenschaft über unser Leben zu geben haben. Ohne diesen Transzendenzbezug wird es schwer sein, jenes Potential an Verzicht, an Solidarität und an Opferbereitschaft zu erbringen, das unerlässlich sein wird, wenn unsere Gesellschaft und die Einzelnen und Gruppen in ihr ihre Ansprüche mäßigen, ihre Möglichkeiten beschränken müssen. Umgekehrt erweist sich heute ein neu erwachender Glaube als eine Hoffnungskraft, die ungeahnte Ressourcen mobilisieren kann. Auf das Erstarren des Glaubens hoffe ich, trotz aller widrigen Kräfte, auch im müden Westen. Er allein verleiht die geistigen und seelischen Kräfte, um die auf uns zukommenden Herausforderungen kreativ zu bestehen.

Danke!